



Kommunen wollen nicht Zahlmeister sein

Gemeindetag kritisiert Versäumnisse
des Landes beim Straßenbau

STUTTGART (StN). Mit großem Unmut hat der Gemeindetag Baden-Württemberg auf die Meldung reagiert, dass die Verantwortlichen im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur Bundesmittel für Straßenbauprojekte in Millionenhöhe nicht abgerufen haben. „Vor diesem Hintergrund fehlt uns das Verständnis für die wiederholten Forderungen des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur, die Kommunen sollten dem Land Mittel aus dem Kommunalen Finanzausgleich für Verkehrsprojekte zur Verfügung stellen“, erklärte Gemeindetagspräsident Roger Kehle am Donnerstag in Stuttgart. Wie unsere Zeitung berichtete, hatte das Land 2013 beim Bund bis zu 100 Millionen Euro für den Straßenbau nicht abgerufen.

Bereits im Sommer habe der Gemeindetag auf den massiven Investitionsstau hingewiesen und ein echtes Infrastrukturministerium gefordert. „Das aktuelle peinliche Versäumnis ist der beste Beweis, dass wir eine umfassende Infrastrukturplanung aus einem Guss benötigen“, sagte Kehle.

Die Ingenieurkammer Baden-Württemberg verlangt ein Umdenken in der Personalpolitik des Landes. „Wir haben bereits vor Jahren vor den Konsequenzen des personellen Kahlschlags in den technischen Verwaltungen gewarnt“, sagt Kammerpräsident Rainer Wulle. „Wir haben deshalb frühzeitig vorgeschlagen, die Verwaltung durch ‚beliehene‘ Ingenieure unterstützen zu lassen, damit die Bauaufgaben des Landes nicht zum Erliegen kommen.“ Dass es in Baden-Württemberg keine neuen Straßenbauprojekte gebe, habe mittlerweile negative Auswirkungen auf den Berufszweig der Ingenieure.